

Derzeit wird allerorts das steigende Investitionsvolumen in die Rüstungsindustrie bejubelt, die kräftige Gewinne einführt. Diese Debatte über Rüstungsausgaben ist von einem „doppelten Denkfehler“ geprägt, findet **Jens Berger**. [In seinem Kommentar](#) erklärt er, dass zum einen Rüstungsausgaben fälschlicherweise als Investitionen dargestellt werden. Anders als Bildung, Infrastruktur oder erneuerbare Energien steigern Panzer und Waffen weder langfristig die Produktivität noch künftige Steuereinnahmen. Im Gegenteil: „Bei Investitionen ins Bildungssystem geht die Wissenschaft meist von einem Multiplikator von 1,9 aus. Ein Euro Investitionen in die Bildung erzeugt also 1,90 Euro Wirtschaftswachstum.“ Bei Investitionen in die Rüstungsindustrie beträgt dieser Faktor nur etwa 0,5. Zum anderen verdrängen Rüstungsausgaben sinnvollere Investitionen, da über Sondervermögen finanzierte Kredite zusätzlich Zinsen und Tilgung verursachen. Unser Autor hält Rüstungsausgaben ökonomisch für weitgehend unproduktiv und warnt, dass dadurch der Wohlstand in unserem Land langfristig sinken wird.

Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten.

Wir haben dazu interessante Zuschriften erhalten. Danke dafür. Es folgt nun eine Auswahl, zusammengestellt von **Ala Goldbrunner**.

1. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Sie argumentieren zwar redlich, aber volkswirtschaftlich und mit Blick auf den Staat als Ganzes. Aus der Sicht der Regierung sind das, was Sie beschreiben, eben leider keine „Denkfehler“ und es hat so gesehen auch nichts mit „Dummheit“ zu tun. Minus mal Minus ergibt bekanntlich Plus.

Die derzeit amtierende deutsche Regierung ist zwar mehr oder weniger „demokratisch“ gewählt, die ökonomischen und sozialen Interessen der Mehrheit geschweige denn das Wohl der Allgemeinheit (=Staat) vertreten Politiker wie Friedrich Merz, Boris Pistorius, Katherina Reiche und andere aber sicherlich nicht. Sie vertreten die ökonomischen, sozialen und politischen Interessen der herrschenden Klasse. Die herrschende Klasse ist lediglich ein kleiner Teil des Staates bzw. der Allgemeinheit.

Die reale aktuelle Wirtschaftsordnung könnte man im weiteren Sinne auch als modernen "staatsmonopolistischen Kapitalismus" oder "staatlichen Feudalismus" beschreiben. Der "Staat" gibt zwar Milliarden aus, aber die Regierung bestimmt, wofür diese Milliarden ausgegeben werden. Wenn man 100 Milliarden Euro für das Bildungssystem ausgeben würde, dann würde das mittel- und langfristig zweifelsohne den Wohlstand vieler Bürger erhöhen, von den einseitigen Rüstungsausgaben profitiert aber vor allem der MIK bzw. MIC, der sogenannte "Military-Industrial Complex", wie das in den USA bezeichnet wird und das extrem schnell bzw. kurzfristig.

Zum "MIK" gehören die Manager, die Aktionäre, die gut bezahlten Lobbyisten der Rüstungsindustrie inklusive Zulieferer und die gut bezahlten Politiker, die Politik für diesen militärisch-industriellen Komplex machen. Wie hoch ist die Dividende für die Aktionäre von Black Rock und anderer sog. "Investmentgesellschaften", wenn die Regierung 100 Milliarden Euro in das Bildungssystem investieren würde und wie hoch ist die Dividende für die Aktionäre, wenn die Regierung 100 Milliarden für die Rüstungsindustrie ausgibt zumal ein großer Teil dieser Rüstungsgüter nicht einmal in Deutschland entwickelt und produziert wird, sondern in den USA?

Eine Ursache könnte auch darin liegen, dass viele Ökonomen nicht sehen wollen oder mangels Tunnelblick nicht sehen können, dass "Carnegie und Rockefeller mehr Geld haben als sie ausgeben können", wie das die geniale Erfinderin von "Monopoly" schon vor über 100 Jahren formulierte. Sie hätte hinzufügen sollen: Aber diese nimmersatten Herrschaften bekommen den Hals nicht voll, gründen dann steuerminimierende Stiftungen und spenden öffentlichkeitswirksam ein paar Cent für die Armen oder die Kunst, um ihr Image zu polieren oder weil sie "moralische Zweifel" an ihrem Reichtum bekommen.

Andrew Carnegie und die Familie Rockefeller waren vor dem Ersten Weltkrieg das, was Bill Gates, Jeff Bezos, Elon Musk, Susanne Klatten, Bernard Arnault, Peter Thiel und andere heute sind. Diese "Superreichen" haben kein Interesse an langfristiger Bildung für alle Schülerinnen und Schüler und dem volkswirtschaftlichen Multiplikatoreffekt, den Sie beschreiben. Diese Damen und Herren wollen schnellen Profit, ihren Reichtum mehren oder vor der Inflation absichern.

Und: Wo kämen wir denn hin, wenn alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland über eine gute Ausbildung verfügen würden? Wer arbeitet dann noch für einen Stundenlohn von 13,90 Euro brutto (=gesetzlicher Mindestlohn ab 1. Januar 2026)? Der "moderne" Tech-Kapitalismus braucht ein paar Kaderschmieden, ein paar "Elite-"Schulen und "Elite-Hochschulen und viele Konsumenten, die billig produziertes "Entertainment" im Fernsehen oder auf dem Smartphone, das rund um die Uhr von Samsung und Google überwacht wird,

konsumieren.

Mit freundlichen Grüßen
Detlef Schmiedel

2. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

vielen Dank für Ihre deutlichen Worte. Ja, das ist wirklich nicht schwer zu verstehen. Wie vernagelt oder dummdreist muss man sein, wenn man allen Ernstes behauptet, Rüstung schaffe Wohlstand. Ein Gewehr, eine Rakete, eine Kampfdrohne oder welche Tötungsmaschinerie auch immer können nichts anderes und haben auch keinen anderen Zweck als zu schießen. Sie können nicht säen, nicht ernähren, nicht heizen, nichts transportieren, nichts zusammenbauen, nichts erleuchten, keinen Kinofilm produzieren, keine Kita unterhalten, sie können nur zerstören und töten.

Allerdings sind unsere gegenwärtigen Gesellschaften so reich bzw. so weit entwickelt, dass sie es sich leisten können, Unsummen in unproduktiven Unsinn im wahrsten Sinne des Wortes zu verpulvern. Dann müssen eben andere Sektoren wie Kultur, Bildung, Infrastruktur oder die Sicherung des Sozialstaats sparen – solange die Betroffenen sich das gefallen lassen.

Einen Sinn machen Rüstung und Kriege aber durchaus, und darauf möchte ich hinweisen. Ich erinnere an Mao Zedong, der sinngemäß und sehr treffend gesagt hat, dass die politische Macht aus den Läufen der Gewehre kommt. Und politisch-militärische Macht hat schon immer in erster Linie wirtschaftlichen Interessen gedient, Geschichte kann man auch lesen als eine Geschichte der Auseinandersetzungen und Kriege um Ressourcen und Einflussgebiete. Nebenbei: Heute nennt man das Geopolitik. Aktuell sieht man das am zunehmenden Interesse unserer Regierung an der Arktis. Es fehlt eigentlich nur noch der Spruch: Unsere Demokratie wird auch am Nordpol verteidigt.

Die Regierenden haben seit Jahrhunderten in verhängnisvoller Weise Unsummen des ihnen zur Verfügung stehenden Reichtums für die Finanzierung ihrer Kriege eingesetzt. Wenn das Geld dann doch nicht reichte, finanzierte man die Rüstungsausgaben irgendwie mit Aussicht auf die erhoffte Beute. Die Geschichte ist übervoll von Beispielen dieser Logik. Im 20. Jahrhundert war Deutschland mit „Kriegskrediten“ (1.WK) oder verschleierte

Wertschöpfung und anderen Täuschungsmanövern (2.WK) dabei - alles mit Blick auf die Ausplünderung der besiegten Gegner. Die USA waren - nebenbei bemerkt - vor allem darauf bedacht, die Sicherung ihrer Ausplünderung fast der halben Welt auf spezielle Operationen militärischer oder geheimdienstlicher Art zu begrenzen. Dabei waren sie höchst erfolgreich, Kuba mal ausgenommen. Wo es offene Kriege waren, sind viele in jüngster Zeit schief gegangen: Korea, Vietnam, Afghanistan. Zuletzt höchst erfolgreich war der Raubzug in Venezuela.

Insofern ist für mich die Frage offen, wie sich die Finanzierung des Ukraine-Kriegs für die EU und Deutschland rechnet. Wie sieht die angestrebte „Beute“ aus?

Nochmals danke für diesen und alle anderen Ihrer Artikel.
Dr. Ulrich Zumdick

3. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,
eigentlich müsste doch der gesunde Menschenverstand ausreichen, um zu verstehen, dass jeder Euro, der in die Aufrüstung fließt, an genau den Stellen fehlt, an denen es in diesem Staat mangelt: Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen, Pflege, die Entschuldung der Kommunen etc. Genau das erleben wir bei uns, in Frankreich, in Europa. In Deutschland herrscht diesbezüglich eine dumpfe Bewusstlosigkeit, auch dank der täglichen Propaganda.

Ein Gesichtspunkt, den ich hinzufügen würde: Rheinmetall will ab 2030 1,5 Millionen Granaten pro Jahr produzieren. Was bedeutet es, wenn wir dann irgendwann auf 10 Millionen Granaten sitzen? Wir könnten nur hoffen, dass weiter Kriege schwelen, die uns die Granaten abnehmen, oder wir müssten dafür sorgen, dass sie irgendwann zum Einsatz kommen. Dasselbe gilt für Panzer etc. Perspektivisch ist die gigantische Aufrüstung nur sinnvoll, wenn der Krieg eingeplant ist. 2029 wäre für Rheinmetall allerdings zu früh.

Freundliche Grüße
Siegfried Hösch

„Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig.
Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr
aufzufinden.“ Bertolt Brecht

4. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

es freut mich, dass Sie den schädlichen volkswirtschaftlichen Einfluss von Rüstungsausgaben ausgearbeitet haben. In Deutschland haben wir seit mehreren Jahren eine Wachstumsschwäche. Weder in den einflussreichen Zeitungen noch im Fernsehen wird thematisiert, ob die Wachstumsschwäche eine Folge des Stopps der Erdgaslieferung aus Russland, der finanziellen Hilfe für die Ukraine und der gestiegenen Rüstungsausgaben ist.

Auch die sozialen Probleme in Frankreich und Großbritannien muss man gemeinsam mit ihren Atomstreitkräften sehen. Atomstreitmacht zu sein ist teuer; sehr sehr teuer sind die atomgetriebenen Unterseeboote, die auf ihnen stationierten Raketen und die zugehörige Infrastruktur. Frankreich und Großbritannien können sich eine Atomstreitmacht nicht leisten. Die Unruhen im Jahre 1968 und jetzt in Frankreich sind eine Folge der finanziellen Überforderung des französischen Staates durch hohe Rüstungsausgaben. Auch dieser Zusammenhang wird in unseren Leitmedien nicht erwähnt.

Freundlicher Gruß
Theodor Bloem

5. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger, sehr geehrtes NachDenkSeiten-Team!

Ich bin fast völlig bei Ihnen und finde die derzeitige Aufrüstungs- und Verschuldungsorgie weitgehend sinnlos und verfehlt, wenn man von etwaigen sehr unangenehmen möglichen Sanktionen der USA absieht, die erfolgen könnten, wenn Deutschland von dem vom US-Präsidenten ausgegebenen 5%-Ziel des BIP für Rüstungsausgaben abweichen würde. Um von diesem Szenario und sonstigen damit verbundenen wirtschaftlichen Interessen, die damit verfolgt werden könnten (wer profitiert davon?), abzulenken, erfindet man eine Bedrohungslage, um die Rüstungsausgaben zu rechtfertigen.

Obwohl ich die Aussage, dass man einen Euro nicht zweimal ausgeben kann, nach wie vor als sinnvoll ansehe, (und meine damit dass man ihn nicht z.B. für Bildung und Rüstung

gleichzeitig ausgeben kann, was logisch äquivalent dazu ist, dass man ihn nur entweder für Rüstung oder Bildung ausgeben kann) zeigen Sie in Ihrem Artikel auf, dass die Dinge durchaus etwas differenzierter betrachtet werden können.

Sie schreiben am Ende resümierend zurecht:

„Im realen Leben stellt sich daher auch nicht die Frage, ob der Staat einen Euro für Bildungsinvestitionen UND einen Euro für die Rüstung ausgibt. Es geht darum, ob er einen Euro für Bildungsinvestitionen ODER einen Euro für die Rüstung ausgibt. ... Gibt der Staat einen Euro für das Bildungssystem aus, steigert er den Wohlstand des Landes. Gibt er einen Euro für die Rüstung aus, senkt er den Wohlstand des Landes. Ist das wirklich so schwer zu verstehen?“

Was Sie dabei aber meines Erachtens nicht angemessen thematisieren bzw. berücksichtigen ist die Tatsache, dass manche Konsumausgaben, selbst wenn man Rüstungsausgaben, die im Idealfall notwendigerweise ja für die äußere Sicherheit getätigt werden, selbst wenn man sie auch als Konsumausgaben einstuft, existentiell möglicherweise viel wichtiger sein könnten als andere Konsumausgaben, insbesondere wenn sie ausschließlich zur Abschreckung eingesetzt werden sollten, denn dadurch könnte dann, wenn erfolgreich, doch die Zerstörung großer Investitionen und von Menschenleben, auch diejenigen von gut ausgebildeten und produktiven Menschen, verhindert werden, während andererseits im Kriegsfall genau das eintreten würde.

Darüber hinaus ist doch die Frage, ob es in einem Staat etwas gibt, das verteidigungswürdig wäre, z.B. Werte wie wirkliche Freiheit, Gesundheit, wirkliche Demokratie, Menschenrechte, wirkliche Gleichheit, Wohlstand für alle, innere und äußere Sicherheit, so dass zu ihrer Verteidigung bzw. zu ihrer Etablierung auch ein Krieg bzw. eine Revolution als das kleinere Übel angesehen werden könnte.

Ich denke dabei nicht an das scheinheilige Getue des Wertewestens, der i.d.R. ja die Verteidigung und Ausbreitung dieser Werte nur als Vorwand verwendet, um damit meist hybride Massnahmen zur Ausweitung oder Verteidigung der eigenen Einflusszonen und zur Verfolgung wirtschaftlicher Interessen zu legitimieren. Und ich denke dabei auch nicht an den einfachen Austausch einer wie auch immer gearteten Führungselite, wenn für die breite Masse im wesentlichen alles gleich bleibt, ich denke dabei auch nicht an staatliche Souveränität und territoriale Integrität. Das sind alles nur Scheinwirklichkeiten. Wirklich und wichtig für die Menschen sind die Lebensverhältnisse der Menschen auf dieser Erde,

die in einem funktionierenden Staat i.d.R. immer besser sind als in staatenlosen Verhältnissen oder in failed states.

Dabei sollte man immer berücksichtigen: Krieg ist ein sehr großes Übel, weil es neben großen Zerstörungen Leben und Gesundheit vernichtet!!! Und wie wir alle wissen: ohne Leben ist alles Nichts!!! In Gaza haben wir zuletzt gesehen, was Krieg ist, aber wir haben auch Bilder und Todeszahlen aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und den vielen Kriegen danach gesehen, und wir wissen um die Zerstörungskraft von Atombomben. Wir könnten wissen, was Krieg heute in einer hoch technisierten Welt mit zentralisierten Infrastrukturen und komplexen weltweiten Lieferketten und weitgehend ohne vorhandenen Zivilschutz bedeuten würde.

Fritz Gerhard

6. Leserbrief

Hallo Jens Berger, hallo NachDenkSeiten-Team!

Beim Lesen des Beitrags von Jens Berger überkam mich das Gefühl, dass ich diesen Beitrag auf den NachDenkSeiten schon einmal gelesen hätte. Aber dies macht nichts. Geht es doch darum zu klären, welche inhaltlichen Versatzstücke die deutsche Regierung den Menschen im Land verkauft, wenn es darum geht, die Militärausgaben im Bundeshaushalt schönzureden und den Abbau sozialer Errungenschaften zu rechtfertigen. Ganz so kompliziert, wie es Jens Berger in seinem Beitrag erklärt, möchte ich es an dieser Stelle nicht machen. Denn es gehörte bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg und auch vor dem folgenden Weltkrieg zum politischen Handwerk der bürgerlichen Parteien, alles aus dem Volk herauszupressen, um die imperialen kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zu sichern und durch Kriege zu erweitern. Goebbels Zitat, dass das deutsche Volk kriegstüchtig werden müsse, wurde nun vom deutschen Kriegsminister Pistorius (SPD) aktualisiert. Und er braucht sich auch wegen der Analogie zum militanten Faschismus nicht zu grämen, weil die gesamte deutsche Presselandschaft und große Teile seiner Wählerschaft ihm salutierend zur Seite steht.

Vom Grundsatz geht es der Regierung darum, dieses "eine Billion Schuldenpaket" für die Kriegstüchtigkeit als Projekt in die Zukunft auszuloben. Beschönigend als Sondervermögen an diejenigen verkauft, die Lügen den Regierungshargen von deren Lippen ablesen. Und es geht darum im Bundeshaushalt die Zinszahlungen auszugleichen, die mit den Steigerungen

des Rüstungshaushalts den Bundeshaushalt an den Rand seiner Leistungsfähigkeit bringt. Nun, man könnte ja als Volkswirtschaftler vielleicht davon träumen, dass die sprudelnde Wirtschaft die Finanzlücken durch Steuerannahmen ausgleicht. Aber absehbar dürfte es an der Realität der wirtschaftlichen Unvernunft, das heißt einer permanenten wirtschaftlichen Durststrecke scheitern. Dennoch verkündet unbekümmert Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Rede im Bundestag in der Debatte zum Bundeshaushalt am 14.10.2026: "Kein Euro, der in die Ukraine fließt, fehlt bei den Sozialausgaben und den Bildungsausgaben in unserem Land. Kein Euro fehlt." In demagogischer Manier stellt hier der Kanzler ausser Frage, dass dieser Krieg und seine bundesdeutsche Unterstützung jede Investition in Bildungs-, Gesundheitswesen und im Bereich der Altersvorsorge in Deutschland konterkariert. Entweder der Staat investiert in seine Bevölkerung oder in den Stellvertreterkrieg an den Grenzen Russlands! Die Kanzler-Rede bleibt eine Milchmädchen-Rechnung ganz nach dem Motto von Kapitän Blaubär: "Morgen, liebe Kinder, erzähle ich Euch eine neue Geschichte!"

Jürgen Hagenguth

7. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

Sie schreiben am Ende Ihres klugen Artikels: „Ist das wirklich so schwer zu verstehen?“

Ich möchte dazu sagen, für diejenigen, die diese Studien kennen oder die sich für solche Zusammenhänge interessieren – Nein!

Aber für die restlichen 99 % der Bevölkerung und insbesondere für unsere maßgeblich verantwortlichen Politiker und Politikerinnen, die ich jetzt gar nicht alle namentlich nennen möchte, bin ich mir da nicht so sicher. Mittlerweile glaube ich, dass sie das wirklich nicht verstehen, weil sie gar nicht mehr in diese Richtung denken können oder wollen.

Und bei unseren *öffentlich-rechtlichen* Medien ist es vermutlich so ähnlich, bzw. ist der Propaganda Druck mittlerweile so flächendeckend stark, dass solche Wahrheiten nicht mehr erzählt werden dürfen. Das Volk könnte ja aufwachen und die „Erzählungen“ zu hinterfragen anfangen.

Das könnte ja zu „französischen Verhältnissen“ führen. Oh je.

Liebe und etwas verzweifelte Grüße und weiter solche Artikel

Jens Biester

8. Leserbrief

Liebe NDS, sehr geehrter Herr Berger,

genau das Gleiche mag Kuwait, auch noch 12 Stunden, bevor der Irak eingefallen ist, gedacht haben. So etwas kann passieren, wenn man seine "Versicherungspolice" nicht bezahlt und es ist ein Fehler, der schon etliche Male in der Geschichte gemacht wurde und schief lief.

Ob wir Feinde haben und wer die sind und vor allem ab wann, wäre ein komplett anderes Thema. Dasselbe gilt, ob wir die Rüstungsausgaben richtig einsetzen und ob es dafür eines "Sondervermögens" bedarf.

MfG,

Axel Köhlmoos

9. Leserbrief

Sehr geehrte NachDenkSeiten,

es ist zutiefst beschämend, dass jene Besserw(e)issis, die möglichst die gesamte Menschheit belehren möchten, so viele blinde Flecken in Sachen Bildung und Aufklärung besitzen. Da ich als Mensch nicht gewillt bin, meine Herkunft zu leugnen, wurde ich offensichtlich in der DDR in Sachen Rüstungspolitik und Kriegswirtschaft, in der Schule, entsprechend ihres Artikels aufgeklärt. Da das jetzt schon mehr als 40 Jahre her ist und westlich geprägte Individuen es bis heute nicht wissen, ist deren Interpretation von dumm, für mich als Mensch, eher ein Beweis für einen ziemlich eingengten rein systemischen Horizont. Daher gestatte ich mir als Mensch, auch schon länger, hier eine entsprechende Distanzierung vorzunehmen und bezeichne sie als westliche System-Individuen, denn einer hochsozialen, hochintelligenten und evolutionär hochentwickelten Spezies wie der des Menschen werden

sie nicht gerecht. Ein postfaktisches von den fundamentalsten naturwissenschaftlichen Fakten gar nichts mehr wissen wollendes System, ist ohnehin nicht mehr Teil dieser real existierenden Welt. Da es sich hier dann allerdings um ein grundsätzlich toxisches und dysfunktionales System handelt, kann es zu Rüstungspolitik und Kriegswirtschaft natürlich auch nur eine entsprechende Meinung haben. Da Meinungen lediglich Meinungen sind und keine Fakten, welche Basis ist in Sachen Kommunikation mit westlichen System-Individuen überhaupt noch zu finden? Auf menschlicher Augenhöhe ist zumindest kaum noch eine bis gar keine mehr möglich. Da das bei einem Weltbevölkerungsanteil von gerade einmal noch 10 bis 15%, den Kausalitäten der Natur entsprechend sehr wahrscheinlich in die entsprechende Verständigungsisolation führen wird, soll laut westlicher Systempolitiktheorie, hier, wider anderen Wissens (Horizonteinkengung) offenbar mit Krieg etwas erreicht werden, was damit nicht erreichbar ist. Wenn Geburtenraten sinken und Todesraten steigen, liegen die Kausalitäten zumindest für Menschen eindeutig auf der Hand. Können oder dürfen sich westliche System-Individuen an solchen ganz normalen, natürlichen und gewöhnlichen Fakten der Natur nicht mehr orientieren? Wenn dem so ist, fehlt ihnen ohnehin längst jegliche menschliche Orientierung. Da Systeme auf der Erde schon immer kamen und wieder gingen, bahnt sich hier ein selbst gewähltes fatalistisches Schicksal an, da keine Politik auf diesem Planeten, die Kausalitäten und Gesetzmäßigkeiten der Naturwissenschaften jemals an die selbst entwickelten Gesetzmäßigkeiten und Kausalitäten anpassen können wird. Hier kommt Einsteins Relativitätstheorie ganz praktisch zum tragen. Mehr ist es doch gar nicht. Politik wird immer so relativiert, wie sie es gegenüber der Realität verdient hat. Krieg ist an den Existenzrealitäten natürlicher Lebewesen und überhaupt an der Existenz der gesamten Flora und Fauna auf diesem Planeten, völlig vorbeigehender, der Spezies Mensch weder würdig seiender noch ihr gerecht werdender animalischer Primitivismus, der niemals aus dieser Sackgasse, so wie er eigentlich in sie hineingeraten ist, wieder hinaus finden kann. Leider ist auch hier das westliche System-Individuum, nicht gerade bevorteilt, weil es durch das imperialistische römische Prinzip von "Teile und Herrsche" lediglich in einer westlich definierten Gesellschaft existiert. Für mich als Mensch kann es sich hier gar nicht um eine der Spezies Mensch gerecht werden könnende Gesellschaft handeln, da hier leider immer noch die Hierarchien des Tierreichs vorherrschen. Individuen, die in anderen Individuen nur Rivalen sehen, sind nicht gesellschaftsfähig, im Sinne einer hochsozialen, hochintelligenten und evolutionär hochentwickelten Spezies wie der des Menschen. Da eine Gesellschaft gar nicht erst existiert wenn darin Rivalismus herrscht und dadurch eben kein Zusammenhalt vorhanden ist, ist diese Uneinigkeit, den Kausalitäten der Evolution entsprechend, nur ein weiteres Auslesekriterium. Einzelgänger haben und hatten es schon immer schwer innerhalb evolutionärer Gesetzmäßigkeiten zu überleben. Nicht umsonst besitzt die Natur eine so üppige Artenvielfalt. Die systemische Gleichmacherei des Menschen ist ein weiteres

Kriterium für evolutionäre Auslese. Die in der westlichen Welt immer mehr zurückgehenden Bevölkerungszahlen, sprechen zwar genau diese Sprache, aber westliche System-Individuen sind längst völlig unfähig geworden sie tatsächlich auch so zu verstehen. Hier wird das demografischer Wandel genannt. Seltsame Bezeichnung für evolutionäre Auslesefakten. Natürlich ist es für westliche System-Individuen ganz besonders wichtig, ihre Meinungsfreiheit auch noch über naturwissenschaftliche Kausalitäten, Gesetzmäßigkeiten und Fakten zu stellen. Warum auch nicht bei Dysfunktionalität und Toxizität?

Mit freundlichen Grüßen
Irina Trappe-Hanel

10. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

Ihre betriebs- und volkswirtschaftliche Betrachtung zu Konsum, Investitionen, Schulden und Rüstungsausgaben in allen Ehren. Sie sind plausibel und – der 'klassischen' betriebs- und volkswirtschaftlichen Lehre entsprechend – gesichert. Aber ich glaube, Sie unterliegen in Ihrer rationalen Betrachtung selbst einem Denkfehler. Unsere derzeitige 'Elite' tickt da anders. Da wird größer, brutaler und kaltschnäuziger gedacht.

Für die Damen und Herren der Rüstungs- und Kriegstreiberei gelten andere Kriterien: Panzer, Drohnen, Kampfflugzeuge, Marschflugkörper und anderes Kriegsgerät sollen ja nicht in den Kasernen verstauben, sondern aktiv eingesetzt werden. Waffen dienen dazu, Leben und Infrastruktur zu zerstören. Die Folge dessen ist, dass insbesondere die zerstörte Infrastruktur wieder aufgebaut werden muss.

Darin sieht unsere politische und wirtschaftliche 'Elite' ihre große Chance. Die 'Investitionen' in Rüstung und Krieg eröffnen 'Investoren' wie BlackRock, Blackstone, Vanguard und anderen 'Heuschrecken' extreme Umsatz- und Gewinnchancen. Das 'menschliche Material', das dabei zu Schaden oder zu Tode kommt, wird als Kollateral-Schaden betrachtet, der allenfalls dem militärischen Erkenntnisgewinn dient und, im Falle von Verletzten und Verwundeten, ebenfalls gewinnbringend der Pharma-Industrie, der Medizin-Technik und der Klinik-Branche zum Vorteil gereicht. Das Problem der Überalterung und der damit verbundenen lästigen Zahlungen an Rente und Pflegekosten lässt sich so auch 'elegant' lösen. Kriegerische Aktionen – evtl. getarnt als 'friendly fire' auf Alten- und Pflegeheime könnten hier das Mittel der Wahl sein, um diesen Lebensbereich

‘wirtschaftsfreundlich’ und ‘volkswirtschaftlich neutral’ zu bereinigen.

Die ‘Zeitenwende’ der deutschen Politik ist nicht nur durch aggressive Militarisierung, sondern auch durch eine andere, negative Wertung der Menschlichkeit und des Humanismus in unserer Gesellschaft gekennzeichnet. In der Retrospektive wurde diese sozial-verachtende Politik und Verachtung der Menschlichkeit bereits unter Gerhard Schröder ausgerufen, der u. a. eine seiner Ministerinnen als ‘Ministerin für Familie und Gedöns’ kennzeichnete, oder aber einem seiner ‘Untertanen’ während der Oderflut pseudo-jovial befahl ‘hol’ mir ‘mal ‘ne Flasche Bier’ und letztlich auch durch den asozialen Stolz auf den ‘größten Niedriglohnsektor in Europa’. Dieser Kurs der Abwertung des Sozialen und der Missachtung vermeintlich ‘Untergebener’ – auch in großen Notlagen der Bevölkerung – wurde in den Folgejahren mehr oder weniger konsequent weiterverfolgt (Ahrtal-Flut, Corona-Desaster, Stuttgart21-Betrug, folgenloses Lügen des Bundeskanzlers, Verhöhnung demokratischer Standards, Zurückdrängung der Meinungsfreiheit, ...).

Für die Politiker der ‘Zeitenwende’ hat die moralische und soziale Basis des gesellschaftlichen Lebens ausgedient und wird nur noch bemüht, wenn es den politischen Zielen dient. Einer Regierung Merz und zuvor schon der Regierung Scholz war und ist der Mensch in seinen sozialen Bedürfnissen total gleichgültig. Auskömmliche Renten, gute Bildung, Gesundheitswesen, bezahlbarer Wohnraum, verträgliche Energiekosten und stabile Lieferbeziehungen dafür, soziale Aspekte und öffentliche Daseinsvorsorge sind lästiger Kosten-Ballast, der bis auf ein Minimum zurückgedrängt werden muss. Die heutige Politik hat nicht mehr den Menschen resp. die Gesellschaft im Fokus, sondern die Wirtschaft, die Konzerne, die Wohlhabenden und deren Gewinne und Machtgelüste. Wenn der Kanzler und der Finanzminister postulieren, dass Deutschland ‘wieder da’ ist, dann sind damit allenfalls bestimmte Kreise gemeint, nicht aber die menschliche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Das Bonmont aus dem Marketing ‘... bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt – und damit immer im Wege’ lässt sich auf die derzeitige politische Situation trefflich anwenden.

Es gäbe noch etliche Bereiche, deren ‘Optimierung’ durch militärische Aktionen, provoziert durch unsere ‘Eliten’, erledigt werden können. Da sind der Phantasie der Akteure keine Grenzen gesetzt. Die Spaltung der Gesellschaft im Vorfeld der Kriegsvorbereitungen scheint dabei ebenfalls Programm zu sein – frei nach der alt-römischen Direktive ‘divide et impera’ – teile und herrsche. Das hat schon im Kolonialismus gut funktioniert und wird, dank der kirchlichen Maxime ‘halt du sie dumm – ich mach sie arm’ auch in unserer vermeintlich ‘aufgeklärten’ Gesellschaft der Gutgläubigen ihre Wirkung entfalten.

Sicherlich gruselt es vielen Lesern beim Konsum meines Leserbriefs, teils – und hoffentlich – auch mit empathischer Empörung. Aber, wenn man versucht, die Entwicklung in

Deutschland, anderen kriegslüsternen EU-Ländern und der EU selbst von einer 'höheren Warte' aus zu betrachten, dann kann man eigentlich nur noch zu dem Schluss gelangen, dass spätestens mit der 'Zeitenwende' gewollt eine Ära der Entmenschlichung und sozialen Kälte durch die Politik eingeläutet wurde. Es wird höchste Zeit, dagegen anzuarbeiten.

Ulrich Herbst

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe@nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise@nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise@nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion@nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.